

## Protokoll Nr. 4 (2015-2019)

### der Sitzung des Beirates Vahr am 13.10.2015 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr                      Ende: 22:25 Uhr

Anwesend waren:

- |                |  |   |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat  | Herr Andreßen<br>Herr Dicke<br>Frau Früh<br>Herr Haga<br>Herr Mettert-Kruse<br>Herr Resch<br>Frau Schulz   | Herr Burichter<br>Herr Emigholz<br>Herr Gerkmann<br>Herr Maas<br>Herr Michalik<br>Herr Siegel<br>Frau Walecki |
| b) vom Ortsamt | Frau Dr. Mathes<br>Frau Lüerssen   |   |
| c) als Gäste   | Herr Böhme (Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen)<br>Herr Schwarzer (Arbeitnehmerkammer)<br>Frau Freise, Herr Dettmer (Amt für Straßen und Verkehr (ASV)) |   |

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 3 der Beiratssitzung vom 22.09.2015 wird ebenfalls genehmigt.

### **TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

#### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass sich der Fachausschuss „Bildung und Kultur“ auf seiner Sitzung am 01.10.2015 u.a. mit der Änderung der Schuleinzugsgrenzen für die Grundschulen in der Vahr und Paul-Singer-Straße befasst habe. Der Fachausschuss sei nach ausführlicher Diskussion übereingekommen, keine Entscheidung zur Änderung der Schuleinzugsgrenzen beider Grundschulen zu treffen, da es weiteren Beratungsbedarf gebe. Dem ursprünglich vom Bildungsressort geäußerten Wunsch bis zum 30.10.2015 ein Votum des Beirates zu erhalten, kann somit nicht nachgekommen werden; eine Fristverlängerung sei nicht möglich. Ortsamt und Ressort haben sich daher verständigt, dass Votum erst im kommenden Jahr abzugeben.

Der Beirat erklärt sein Einverständnis.

#### Belegung der Turnhalle der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass von der Sozialbehörde geplant werde, die Turnhalle der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu belegen. Bis dato sei dies noch nicht geschehen, solle aber kurzfristig erfolgen.

Herr Borges (Schulleiter der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee) ergänzt, dass sich die Belegung nach seiner Einschätzung verzögern werde, da zurzeit noch vorbereitende handwerkliche Arbeiten durchgeführt werden. Er rechne mit einer Belegung in der 43. KW. Der Träger soll nach seinen Informationen die Stiftung Lothar Kannenberg sein. Der Betreuungsschlüssel solle bei 1:6 liegen.

Frau Dr. Mathes bittet Herrn Borges um Mitteilung, wenn die Jugendlichen in der Turnhalle ankommen, damit schnell Angebote organisiert werden können.

Herr Borges weist zunächst darauf hin, dass sich die Turnhalle nicht angemessen beheizen lasse. Es sei festgestellt worden, dass die Bodentemperatur ca. 14 Grad betragen würde und daher die Halle für eine dauerhafte Belegung nicht geeignet sei. Er sei sehr dankbar, wenn

Angebote aus dem Stadtteil für die jugendlichen Flüchtlinge geschaffen werden. Herr Borges erklärt, dass er in engem Kontakt mit dem zuständigen Kontaktbereichsbeamten sei.

Herr Häntsche (Leiter des Polizeireviers in der Vahr) ergänzt, dass er den gleichen Sachstand wie der Schulleiter habe und das Ortsamt im Falle einer Belegung informieren werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Haga nach der Anzahl der Jugendlichen, die in der Turnhalle untergebracht werden sollen und ob zu dieser Thematik eine Beiratsbefassung erforderlich sei, antwortet Herr Borges, dass ca. 70 Jugendliche aufgenommen werden sollen.

Frau Dr. Mathes ergänzt, dass nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter ein Beiratvotum nicht zwingend vorgesehen sei.

Frau Sinter (ehemalige Schulleitersprecherin an der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee und i.V. für den jetzigen Schulleitersprecher) teilt mit, dass die vorgesehene Belegung der Turnhalle „überfallartig“ geschehen sei. Sie verweist darauf, dass Sport gerade für diese integrativ arbeitende Schule ein sehr wichtiger Bestandteil sei. Es sei in dieser Angelegenheit daher ein Schreiben der Schulleitersprecher an die Sozialsenatorin gesandt worden.

#### Rhododendronweg – Erweiterung der Wegeverbindung von der Paul-Singer-Straße/ Gustav-Radbruch-Straße nach Oberneuland zu einem getrennten Geh- und Radweg

Frau Dr. Mathes weist auf den als Tischvorlage vorliegenden Erläuterungsbericht zur Erweiterung des Rhododendronwegs<sup>1</sup> zu einen getrennten Geh- und Radweg hin, welcher u.a. in der Fachausschusssitzung „Bau, Verkehr und Umwelt“ am 12.11.2015 behandelt werden solle. Sie bittet den Beirat, den Bericht vorab in den Fraktionen zu beraten.

#### **TOP 2: Quartiersbezogene Armutsprävention und Chancengerechtigkeit für die Vahr**

Herr Böhme stellt die Situation in der Vahr an Hand einer Präsentation<sup>2</sup> vor. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf andere Ortsteile mit hohem Armutsrisiko hin. Frau Walecki merkt an, dass Stadtteile schwer zu vergleichen sind.

Herr Michalik merkt an, dass Bildungsniveaus nur anhand einer Abiturquote aufgezeigt würden. Viel wichtiger wäre es jedoch zu wissen, wie die Zahlen der abgeschlossenen Berufsausbildungen seien. Herr Böhme entgegnet, dass es für die statistische Größe für „Abgeschlossene Berufsausbildung“ nicht genügend Zahlen zur Verfügung gestanden hätten.

Herr Maas weist darauf hin, dass in Bremen die Segregation zwischen Arm und Reich im Vergleich zu anderen Großstädten besonders groß sei. Herr Böhme erklärt, dass die Ursache dafür eine offene Frage sei und man über Gründe nur spekulieren könne. Ein möglicher Grund könne die in Bremen hohe Eigentumsquote sein, die eine Segregation fördere. Herr Maas erkundigt sich zudem danach, warum es in Bremen so viele Langzeitarbeitslose gebe. Herr Böhme verweist darauf, dass es in Bremen einen hohen Anteil an geringqualifizierten Menschen – oftmals Ausländer – gibt. Ob dies tatsächlich ursächlich sei, ließe sich jedoch nur mutmaßen. Eine Bürgerin merkt an, dass im Bericht gar nicht auf den Anteil langzeitarbeitsloser Menschen mit Behinderung eingegangen werde. Herr Böhme erwidert, dass er darüber keine Daten habe. Der Armuts- und Reichtumsbericht erscheine alle vier Jahre, er nehme diese Anregung für den nächsten Bericht mit.

Herr Siegel, Herr Andreßen und Herr Maas stellen den Antrag der SPD „Armutsprävention und Chancengerechtigkeit in der Vahr“ vor.<sup>3</sup>

Herr Michalik teilt mit, dass der von der SPD eingebrachte Antrag dem Antrag der CDU, den er vor ca. einem halben Jahr auf einer Beiratssitzung eingebracht habe, „verdächtig ähnlich“ sei.<sup>4</sup> Er habe den damaligen Antrag im Hinblick darauf, dass der Antrag der CDU in Zusammenarbeit

<sup>1</sup> Dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

<sup>2</sup> Dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

<sup>3</sup> Dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt.

<sup>4</sup> Siehe das Protokoll der Beiratssitzung vom 17.03.2015 unter TOP 2 und Anlage 2 <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?qsid=bremen142.c.12117.de>

mit den im Beirat vertretenen Fraktionen überarbeitet und zu einem späteren Zeitpunkt als gemeinsamer Antrag erneut in den Beirat eingebracht werden sollte, zurückgezogen. Jetzt liege der Antrag der SPD mit einigen wortgleichen Stellen vor. Der Antrag der CDU weise im Gegensatz zum SPD-Antrag eine Begründung auf, bezöge sich auf den Armuts- und Reichtums-Bericht und sei nicht „ins Blaue“ formuliert.<sup>5</sup>

Herr Siegel weist die Ausführungen von Herrn Michalik zurück und stellt fest, dass der Antrag der SPD inhaltlich deutlich umfassender sei und vielschichtige Maßnahmen enthält, die entscheidend zur Chancengerechtigkeit und Armutsprävention in der Neuen Vahr beitragen können. Zudem weist Herr Siegel darauf hin, dass der ursprünglich von der CDU verschickte Antrag zur Beiratssitzung am 13.10.2015 mehrere falsche Aussagen enthielt, die er an Herrn Michalik weitergeleitet hat und von diesem korrigiert worden sind.

Frau Sinter teilt mit, dass sie nur den Antrag der SPD vorliegen habe und diesen „verschärfen“ möchte. So müssten zum Punkt Kinderbetreuung/ Bildung mehr Förderstunden für die Schulen – und nicht nur im sprachlichen Bereich – gefordert werden. Zudem sei es wichtig, dass der Unterricht auch stattfinde. Weiterhin müsse es auch Vertretungsstunden geben, die über die 8. Jahrgangsstufe hinaus finanziert werden. Sie verweist in diesem Zusammenhang auch auf die einzuhaltenden Klassenfrequenzen.

Herr Mettert-Kruse teilt mit, dass der von Herrn Michalik eingebrachte Antrag auf der März-Sitzung des Beirates von der CDU Bremen-weit in den Beiräten gestellt worden sei. Er habe seither aber keine Anfrage an die Partei Die Linke zur Erarbeitung einer gemeinsamen Position erhalten und würde sich daher nur auf den SPD-Antrag beziehen, den er gerne präzisieren würde, insbesondere auch, weil der Adressat fehlt.

Da der CDU-Antrag gegenüber dem mit der Einladung zur heutigen Sitzung verschickten SPD-Antrag zur Sitzung aktualisiert worden ist, drückt Herr Resch sein „Befremden“ aus, dass nunmehr zwei Anträge vorliegen. Er verweist darauf, dass man mitten in den Haushaltsverhandlungen stehe. Die Bedarfe seien zweifellos da.

Herr Mühlmeyer (Förderwerk Bremen GmbH) schlägt vor, dass der Text im SPD-Antrag zum Punkt „Öffentliche Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose“ wie folgt geändert werden solle: „Verstärkte öffentliche Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose (Sozialer Arbeitsmarkt) und Erhalt der Regionalen Netzwerke in der Vahr.“

Herr Maas teilt zum Wortbeitrag von Frau Sinter mit, dass man sicherlich „viel fordern könne“, der Antrag aber an die Realität gebunden sei. Die Anträge der SPD und der CDU seien zwar ähnlich, der von der SPD sei aber genauer. Zu den von Frau Sinter aufgeworfenen Fragen merkt er an, dass kurzfristige Unterrichtsausfälle oftmals nicht vertreten werden könnten, langfristige Ausfälle jedoch vertreten werden.

Herr Siegel teilt mit, dass sich mehrere Beiratssprecher/innen zusammengeschlossen haben, um zu erreichen, dass die Quartiere mit besonderem Förderbedarf (Soziale Stadt-Gebiete) mehr Unterstützung erhalten. Dieser Antrag sei daher auch ein Versuch, in acht Stadtteilen Anerkennung für diese Bedarfe zu erreichen.

Herr Emigholz erinnert daran, dass bei dem SPD-Antrag der Adressat fehle. Er regt zudem eine weitere redaktionelle Überarbeitung des Antrages an.

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass durchaus beide Anträge zur Abstimmung gestellt werden können, da keine Stellungnahme des Beirates gefordert werde und es sich wesentlich um politische Willensäußerungen handele.

---

<sup>5</sup> Ein aktualisierter/ aktueller Antrag der CDU lag dem Beirat als Tischvorlage vor und ist dem Protokoll als **Anlage 4** beigelegt.

Frau Dr. Mathes bittet um Abstimmung über die Aufnahme des Änderungsvorschlages von Herrn Mühlmeier zum SPD-Antrag. Dem Vorschlag wird zugestimmt (10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen). Sodann lässt sie über den so geänderten Antrag abstimmen. Dem Antrag wird zugestimmt (10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen).

Frau Dr. Mathes stellt den CDU-Antrag zur Abstimmung. Dem Antrag wird zugestimmt (12 Ja-Stimmen, 0-Neinstimmen, 2 Enthaltungen).

Frau Dr. Mathes unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause von 20:55 - 21:05 Uhr.

### **TOP 3: Stellungnahme zum Neubau einer Straßenbahnquerverbindung von den Straßenbahnlinien 2 und 10 zur Straßenbahnlinie 1**

Herr Dettmer stellt anhand einer Präsentation die Planungen zum Neubau einer Straßenbahnquerverbindung von den Straßenbahnlinien 2 und 10 zur Straßenbahnlinie 1 vor.<sup>6</sup>

Die Frage von Frau Walecki, ob die Konrad-Adenauer-Allee während der Bauphase evtl. zeitweise beidseitig befahrbar sein könnte, wird von Herrn Dettmer bejaht. Auf die Frage von Herrn Michalik nach Dauer der Bauphasen und ob es zu Vollsperrungen kommen könnte, teilt Herr Dettmer mit, dass zwei Vollsperrungen für die Dauer von ca.  $\frac{3}{4}$  - 1 Jahr geplant seien. Herr Maas bittet um Mitteilung, ob während der dreijährigen Bauphase der Fahrradverkehr in der Stresemannstraße möglich und ob die Fällung von Bäumen notwendig sei. Herr Dettmer teilt mit, dass während der Bauphasen der Fahrradverkehr weiterhin durch die Stresemannstraße geführt werden soll. Die Fällung von Bäumen sowie entsprechende Ausgleichspflanzungen seien erforderlich.

Herr Emigholz merkt an, dass die Maßnahme mit Bundes- und Landesmitteln – insgesamt rd. 32 Mio. € – finanziert werden solle. Die Planung sei schon sehr detailliert – es gebe aber trotzdem noch Unsicherheiten. Herr Dettmer teilt mit, dass zurzeit davon ausgegangen werde, dass der Budgetrahmen eingehalten wird. Es geht um eine Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Hinsichtlich der Bundesförderung stehe man noch in Verhandlungen.

Herr Häntsche (Polizeirevier Vahr) teilt mit, dass er die unterschiedliche Führung des Schienenverkehrs (vom separaten Gleiskörper wieder auf die Straße), die er heute erstmals sehe, als problematisch erachte. Herr Dettmer antwortet, dass die Unterlagen auch an den Senator für Inneres im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gegangen seien und dort in der nächsten Woche ein Gespräch stattfinden solle. Frau Dr. Mathes weist daraufhin, dass im Planfeststellungsverfahren auch die Polizei beteiligt werde. Sie teilt mit, dass die Pläne zurzeit im Ortsamt öffentlich ausliegen.

Herr Burichter teilt mit, dass diese Maßnahme geplant sei, um eine bessere Erreichbarkeit in die Östliche Vorstadt zu erhalten. Er fragt nach, warum angesichts der Kosten i.H. von 32 Mio. Euro nicht die Buslinie 25 besser verschwenkt werden könne. Er erkundigt sich danach, ob die Schäden, die der Umwelt aufgrund der ca. 150 zu fällenden Bäume entstünden, in die Kosten eingerechnet worden sind. Herr Dettmer teilt mit, dass er nicht der richtige Ansprechpartner für diese Fragen sei.

Frau Walecki stellt den Antrag Bündnis 90/ Die Grünen „Querverbindung Ost – ein Glücksfall für die Vahr“ vor und bemerkt, dass der Beirat am 21.02.2012 bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst habe.<sup>7</sup>

Herr Emigholz stellt den FDP-Antrag vor und begründet ihn.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Dem Protokoll als **Anlage 5** beigelegt.

<sup>7</sup> Der Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen ist als **Anlage 6** dem Protokoll angefügt.

Für das Protokoll der Sitzung vom 21.02.2012, TOP 4, siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Protokoll%20Nr7%20vahr%20210212.pdf>

Herr Maas teilt mit, dass er den Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen unterstütze, da durch diese Verbindung eine Fahrt zur Domsheide ohne Umstieg möglich ist. Jeder Verkehrswechsel vom Kfz zur Straßenbahn sei begrüßenswert.

Herr Siegel ergänzt, dass diese Querverbindung keine Forderung des Beirates Vahr gewesen sei, sondern die Bremer Straßenbahn AG an den Beirat herangetreten sei. Diese Verbindung sei nicht nur gut für die Vahr, sondern wirke sich auch positiv auf mehrere Ortsteile von Osterholz aus. Zudem erklärte Herr Siegel, dass er keine Vorteile der Vahr zu Lasten von Hemelingen anstrebt.

Herr Haga teilt mit, dass die Attraktivität eines Stadtteils auch davon abhinge, wie gut dieser angebunden sei. Die Möglichkeit direkt ins Viertel zu fahren, sei durch die verkürzte Fahrzeit von ca. 10 Minuten ein Gewinn.

Herr Resch stellt fest, dass bei der Planung verschiedene Szenarien durchgespielt worden seien. Man müsse der Planung auch Vertrauen entgegenbringen. Die Neue Vahr soll besser angebunden werden. Die Bäume in der Stresemannstraße seien jetzt schon angegriffen – Ersatzpflanzungen seien ohnehin durchzuführen.

Herr Andreßen wirbt für die gesellschaftliche und soziale Teilhabe an Mobilität speziell für ältere Mitbürger/innen. Ca. 5.000 Menschen leben entlang der Linie 1, es sei begrüßenswert, wenn diesen Mobilität leichter zugänglich werde.

Herr Burichter teilt mit, dass er es nicht verstehen kann, warum so viel Geld ausgegeben wird und eine neue Straßenbahnlinie geschaffen werden soll. Er verweist als Alternative auf Busse, die auch umweltfreundlich fahren könnten.

Frau Walecki bittet um Abstimmung und teilt mit, dass der Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen „Querverbindung Ost – ein Glücksfall für die Vahr“ dahingehend ergänzt werden soll, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Prüfung gebeten werde, ob eine ggfls. beidseitige Öffnung der Konrad-Adenauer-Allee nach Beendigung der Baumaßnahme nicht beibehalten werden könnte.

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag Bündnis 90/ Die Grünen „Querverbindung Ost – ein Glücksfall für die Vahr“ mit der Ergänzung von Frau Walecki abstimmen. Der Antrag wird angenommen (12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag der FDP abstimmen. Der Antrag wird abgelehnt (2 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

#### **TOP 4: Nachwahl in den Ausschuss „Soziales & Integration“**

Für den ausgeschiedenen Herrn Horn ist ein Mitglied in dem Ausschuss "Soziales & Integration" nach zu wählen. Das Vorschlagsrecht liegt bei der Partei Die Linke. Herr Mettert-Kruse wird vorgeschlagen. Herr Mettert-Kruse wird einstimmig vom Beirat gewählt und nimmt die Wahl an.

#### **TOP 5: Verschiedenes**

Keine Anmerkungen.

Sprecher	Sitzungsleitung	Protokoll
Siegel	Dr. Mathes	Lüerssen

---

<sup>8</sup> Der Antrag der FDP ist als **Anlage 7** dem Protokoll angefügt.